



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/253 - 2.11.1955

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Bericht aus Genf (V)	S.1
Der Kongress und die Krankheit Eisenhowers	S.3
Lübke und der Kartoffelpreis	S.5

Molotows Vorschläge

Von Herbert Wehner, KdE., z.Z. in Genf

Die Vorschläge des sowjetischen Aussenministers zur Frage der europäischen Sicherheit können durchaus geeignet sein, das Gespräch über diese entscheidend wichtige Frage fortzuführen. Auch der britische Aussenminister McMillan nannte sie einen beträchtlichen Fortschritt in verschiedener Richtung, obwohl sie sich in wesentlichen Grundfragen von den Auffassungen der Westmächte unterscheiden. Aber das kann niemanden überraschen.

Was Molotow vorgebracht hat, ist kein ungeschickter Versuch, in der Sicherheitsfrage, auf die die Sowjets seit langem das Hauptgewicht legen, weiterzukommen, ohne erkennbare Zugeständnisse in der Deutschlandfrage zu machen. Der Entwurf eines Sicherheitspaktes, den Bulganin am 20. Juli in Genf unterbreitete und den Molotow zu Beginn der jetzigen Konferenz wieder auf den Tisch legte, ist nun in manchen Punkten der gegenwärtigen politischen Situation angepasst worden. Die Ernsthaftigkeit ihres Anliegens in der Sicherheitsfrage hat die Sowjets veranlasst, grösseres Verständnis für einige Ansichten des Westens zu zeigen, als das bisher der Fall war. Das auffälligste Beispiel ist vielleicht, dass nicht mehr verlangt wird, dass die NATO innerhalb einer bestimmten Frist aufgelöst wird.

Im übrigen bezieht sich dieser Wandel vor allem auch auf die Annäherung an die westlichen Vorstellungen etwa über eine Lösung der

2.11.1955

Sicherheitsfrage in Etappen, die Schaffung einer Art von Dachorganisation unter Einschluss von NATO und Warschauer Paktsystem, dessen Mittelstück das deutsche Gebiet wäre, und das später zu einem nicht genannten Zeitpunkt in einem noch weitergespannten Vertragssystem aufgehen soll. Ein bestimmter Zeitraum, innerhalb dessen das geschehen soll, wird nicht genannt.

Die entscheidende Schwierigkeit bleibt natürlich, dass auch der neue sowjetrussische Vorschlag von der Teilung Deutschlands ausgeht, wenn er auch das in die beiden Teile aufgespaltene deutsche Gebiet einer gemeinsamen Kontrolle noch zu vereinbarenden Rüstungsbeschränkungen unterwerfen will, wie ja auch der Westen eine solche gemeinsame Kontrolle dieser "Zone" in "progressiver Form" vorsieht. Aber der russische Ausgangspunkt bleibt eben doch für lange Zeit die Teilung Deutschlands. Infolgedessen soll sich auch nach Molotows Vorstellung die zu schaffende Zone um die gegenwärtige Demarkationslinie zwischen West- und Mitteldeutschland herum aufbauen und von hier sich nach beiden Richtungen hin ausbreiten - wieweit, weiss noch niemand. Der Westen, der die Vorstellung einer vorherigen Wiedervereinigung hat, möchte die künftige Ostgrenze dieses einheitlichen Deutschlands zur geographischen Achse des ganzen Systems machen.

Die westlichen Sicherheitsvorschläge, die am letzten Freitag überreicht wurden, gehen davon aus, dass ein ihnen entsprechender Vertrag nur gleichzeitig mit einem Abkommen über die deutsche Wiedervereinigung unterzeichnet werden könnte. Nach dem Entwurf der Russen ist die Wiedervereinigung nur eine mögliche, durchaus nicht garantierte Folge der von ihnen vorgeschlagenen Lösung. Die von den Westmächten dringend geforderten und von Molotow angekündigten neuen Anregungen zur Deutschlandfrage stehen noch aus.

Wenn es im Rahmen der russischen Vorstellungen überhaupt eine Möglichkeit gibt, der deutschen Wiedervereinigung näher zu kommen oder sie gar zu verwirklichen, dann nur in dem Masse, in dem man das System der gegeneinander gerichteten Militärblöcke allmählich abbaut und das Schwergewicht bei den praktischen Massnahmen zur Vorbereitung der deutschen Einheit auf die Regierungen in Bonn und Pankow verlagert.

2.11.1955

Das ist offenbar die russische Absicht.

Will man diese Entwicklung nicht einfach als unvermeidbar hinnehmen, dann muss man vor allem dreierlei tun:

1. Die Westmächte müssen jetzt an die Sowjetunion die bestimmte Frage richten, wie sie sich den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands, dem sie ihre Zustimmung geben könnten, vorstellen. Die Sowjets werden um die Beantwortung dieser Frage nicht herunkommen, wenn sie nicht riskieren wollen, dass ihre ausdrückliche Erklärung, sie seien gemeinsam mit den Westmächten für die Wiedervereinigung Deutschlands verantwortlich, bis zur völligen Unglaubwürdigkeit entwertet wird.
2. Sowohl der Westen wie der Osten haben sich in ihren Vorschlägen bereiterklärt, ihre Verteidigungssysteme einem Abkommen über die europäische Sicherheit unterzuordnen. Warum sollten sie, wenn es ihnen mit der Lösung der deutschen Frage ernst ist, bei diesem Schritt stehenbleiben müssen? Warum sollten sie nicht den erforderlichen nächsten Schritt tun können, der darin bestehen müsste, auf der Grundlage eines ausgehandelten militärischen Status für das wiedervereinigte Deutschland nicht nur ein Dach, sondern ein Fundament für ein System der europäischen Sicherheit zu schaffen?
3. Vom Westen müsste ausdrücklich darauf verwiesen werden, dass das Vertragswerk von Paris, vor allem in seinem militärischen Teil, keine für alle Zeiten unabänderliche Tatsache ist, wie das der Vertrag selbst ja in seiner Revisionsklausel ausdrücklich feststellt.

Ein kräftiger Impuls in diesen Richtungen mag am ehesten geeignet sein, die Ansätze fortzuentwickeln, die der Anfang dieser Woche brachte. In keinem Fall ist es vernünftig, die Wiedervereinigungsfrage sozusagen mit einer Art notorischen Defaitismus zu betrachten, wie es hier in Genf leider üblich geworden ist. Man darf nicht vergessen, dass heute eine ganze Reihe von Dingen, wie etwa der unlösbare Zusammenhang von deutscher Einheit und europäischer Sicherheit, die Zustimmung Moskaus zur Teilnahme der USA an einem europäischen System oder auch die ernsthafte Erörterung von weitgehenden gegenseitigen militärischen Kontrollmassnahmen, Dinge also, die vor gar nicht langer Zeit als utopisch galten, zu Selbstverständlichkeiten geworden sind.

2.11.1955

Ein Monat ohne Eisenhower

O.L., New York, Anfang November

Ein Monat ist seit Eisenhowers Herzattacke vergangen. Der Monat, während dessen der Präsident aus seiner Tätigkeit so gut wie vollständig herausgerissen war, hat gezeigt, wie viel - und wie wenig von einem Einzelnen abhängt.

Alles schien sich über Nacht verändert zu haben, als bekannt wurde, dass der Präsident eine Herzattacke erlitten hatte und als es ungewiss erschien, ob er überhaupt in der Lage sein werde, seine vierjährige Präsidentschaftsperiode auszuüben. Und es schien noch fraglicher, wie der Regierungsapparat sich fortbewegen und die wichtigen Entscheidungen, die der Präsident von Tag zu Tag zu treffen hat, bestimmt werden könnten. Die Zukunftsaussichten der amerikanischen Innenpolitik sind noch immer durch Eisenhowers Erkrankung völlig ungewiss. Wenn auch die republikanischen Parteistrategen noch immer den Tatsachen nicht ins Gesicht blicken können oder wollen, dass ein Mann von 65 Jahren, der eine Coronar-Thrombose erlitten hatte, nicht mehr die Last einer neuerlichen Wahlkampagne und von vier weiteren Jahren im Weissen Haus auf sich nehmen kann, so sehen politische, wirtschaftliche und alle anderen Aspekte der amerikanischen Zukunft ohne Eisenhowers neuerliche Kandidatur wesentlich anders aus als mit ihm.

Entscheidungen, die aufgeschoben werden

Das gilt auch von den unmittelbar drängenden Entscheidungen, zum Beispiel über die Gestaltung des neuen Budgets, das dem Kongress im Januar vorgelegt werden und das auf eine Reihe grosser weltpolitischer Fragen antworten muss: Wie gross die amerikanischen Streitkräfte sein oder wieviel die USA für wirtschaftliche und militärische Hilfe dem Ausland bewilligen würden.

Mit dieser Frage der Militär- und anderen Sicherheitsausgaben hängt die andere Frage zusammen, die heute weniger denn je geklärt ist: Wird es eine Steuerermässigung im Wahljahr geben - und wenn, für wen, für die kleinen und mittleren Einkommen oder für die grossen Aktiengesellschaften - und wird das Budget wieder ein Defizit aufweisen? Dies wie überhaupt die Ungewissheit über die weitere Entwicklung der

2.11.1955

Bundesschulden ist eine eminent wichtige wirtschaftliche Frage, gerade zu einer Zeit, in der man immer wieder auf die Gefahr einer Inflation hinweist. Jede dieser Fragen ist in der Schwebe geblieben. Das ist zur gegenwärtigen Jahreszeit, in der der Kongress nicht versammelt ist, noch kein Unglück. In diesem Sinn ist die Krankheit des Präsidenten nicht zu einem Hamnis der gesamten Gesetzgebung und Verwaltung geworden. Aber in vielen Einzelfragen, die mit den grossen Problemen zusammenhängen und vor allem bei der Vorberatung der Kongress-Beratungen ist eine empfindliche Lücke eingetreten.

Wahlvorbereitungen ohne den Präsidenten?

Die Lücke ist umso fühlbarer, als schon jetzt die politischen Manöver und Spekulationen über die Aussichten der kommenden Präsidentenwahlen beginnen. Diese frühzeitig einsetzende politische Aktivität erstreckt sich nicht nur auf den möglichen Kandidaten und die, die es gern werden möchten, sie gilt auch der Erörterung von Problemen wie den sinkenden Agrarpreisen und dem Rückgang des landwirtschaftlichen Einkommens. Gerade in dieser Frage konnte man in den letzten Wochen sehen, was die Ausschaltung des Präsidenten bedeutete: Ohne ihn treten die verschiedenen Ansichten, die im Kabinett und bei den führenden Kreisen der Republikaner bestehen, viel schärfer in Erscheinung, ohne dass es zu einem praktischen Vorschlag der Administration gekommen wäre. Ob der Präsident auf dem oder jenem Gebiet ein Fachmann ist oder nicht, ob er sich mit allen Details, die zu einer Entscheidung notwendig sind vertraut macht, oder nur Golf spielt und jemandes Rat annimmt, ist dabei nicht wichtig: Der Präsident trifft die Entscheidung, und sie bestimmt die Richtung sowohl der Administration wie die Kritik der Opposition.

Trotzdem - der Apparat geht weiter

So tappt die amerikanische Politik seit vier Wochen in vielen und gerade in den entscheidenden Fragen im Dunkeln. Und trotzdem haben diese Wochen zugleich gezeigt, dass es selbst ohne Eisenhower weitergeht, weitergehen muss. Ein solcher Riesenapparat, wie die Administration der Vereinigten Staaten, hat seine Eigengesetzlichkeit und kann sich eine Zeitlang auch ohne Leitung oder Impulse weiterbewegen. Der Präsident der Vereinigten Staaten ist wichtig und unentbehrlich, um diesen oder

jenen wirtschaftlichen Kräften zu Sieg und Einfluss zu verhelfen; aber ist einmal die Entscheidung getroffen, dann ist zumindest bei einem Präsidenten, der wie Eisenhower die grossen Geschäftsinteressen als die entscheidenden betrachtet, die Bahn der weiteren Entwicklung vorgezeichnet. Auf ihr wird auch jetzt weitergefahren.

Bei allen Spekulationen über den oder jenen Republikaner, der das "Rennen" im nächsten Jahr machen könnte, und bei allen Manövern, die die lokalen Politiker in dem und jenem Staat unternehmen, sind es gerade die Spitzenmänner der Grossindustrie und der grossen Banken, die durch ihre Verbindungsmänner in Washington wahrscheinlich auch mit den massgeblichen Plänen für 1956 bereits begonnen haben. Sie werden dann das Machtwort sprechen. Und ihnen kommt es nicht auf die Person, sondern auf die Politik und die wirtschaftlichen Entscheidungen an. Die Person ist wichtig, weil sie die notwendigen Stimmen aufbringen muss. So ist es zweifellos richtig, wenn man feststellt, dass der kritische Monat ohne Eisenhower zugleich gezeigt hat, wieviel und wie wenig ein Mann bedeutet.

+ - +
Teure Kartoffeln

H.B. Im Vergleich zum Vorjahr sind in diesem Herbst die Kartoffeln ausgesprochen teuer. Selbst in den Gebieten, in denen die Kartoffeln vor der Tür des Verbrauchers wachsen, kosten sie DM 9,-- bis 10,-- zentnerweise bezogen, im Industriegebiet sind die Preise bereits auf DM 12,-- und im Pfundverkauf auf 14 Pfennig geklettert. Bei den Verbrauchern ist darüber erhebliche Unruhe entstanden. Im Ernährungsministerium in Bonn macht man sich dagegen keine Sorgen, wie auf einer Pressekonferenz ein Sprecher dieses Ministeriums erklärte. Erst sollen die Preise noch ein wenig weiter steigen, dann würde man sehen, was zu machen ist. Das Ernährungsministerium will anscheinend die Preise hochtreiben, denn schon lange vor der Ernte hatte es hohe Speisekartoffelpreise für den Herbst vorausgesagt. Diese Voraussage beruhte nicht auf einer Erntevorausschätzung, sondern war eine Art Paroleausgabe, die an den jetzigen Preisverhältnissen mit Schuld hat.

Denn notwendig sind die hohen Speisekartoffelpreise nicht. Zwar hat die diesjährige Kartoffelernte mit 22,5 Mill t. 4 Mill. t. weniger

gebracht als die vorjährige, aber nur ein verhältnismässig geringer Teil der gesamten Kartoffelernte gelangt als Speisekartoffel auf den Markt. Weitaus der grösste Teil wird verfüttert. Genügend Speisekartoffeln haben wir allemal.

Schuld an den hohen Speisekartoffelpreisen hat die künstliche Verknappung der Futtergetreide- und Futtermittelpreise. Im Interesse der Futtergetreide verkaufenden Grossebauern hat das Ernährungsministerium offensichtlich die Preise für Futtergetreide hochgetrieben. Den Schaden trägt der Verbraucher und die grosse Zahl der auf Futtergetreidezukauf angewiesenen Bauern. In erster Linie handelt es sich hier um kleinere und mittlere Betriebe. Das ist ein Missbrauch der Marktordnung zum Vorteil einer kleinen Gruppe von Landwirten.

Es ist es kein Wunder, dass die Bauern die Kartoffeln nicht verkaufen wollen, sondern zurückhalten, um sie zu verfüttern. Um die hohen Preise wieder auf ein vernünftiges Mass zurückzuführen, sollte sofort die schädliche, künstlich herbeigeführte Verknappung von Futtergetreide beseitigt werden. Futtergetreide steht genügend zur Verfügung. Ausserdem könnte man der spekulativen Entwicklung mit einem Schlag ein Ende bereiten, indem man den Einfuhrzoll für Kartoffeln in ECU von 20 % des Wertes aufhebt.

Diese preistreibende Politik des Ernährungsministers Lübke steht in einem grotesken Gegensatz zu den Bemühungen seines Kollegen Erhard vom Wirtschaftsministerium, der sich für Preissenkungen einsetzt. Wer vertritt in diesen beiden nun eigentlich die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung? Deren innere Hohlheit wird durch dieses Gegeneinander offenbar. Auf der einen Seite redet man von der Senkung der Stahlpreise, die sich nur sehr mittelbar für die Verbraucher auswirken würde, in der Praxis aber treibt man die Kartoffelpreise hoch, was jeder Verbraucher sofort an seinem Geldbeutel merkt. Theorie und Praxis ...

+ - +

Verantwortlich: Peter Rauau